



Das Reichsbanner

Nr. 1 32. Jahrgang März 1988

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN

Vertrag von Washington ein Hoffnungsschimmer

Die mahnenden Stimmen derjenigen, die sich seit über einem Vierteljahrhundert in der Bundesrepublik gegen nukleare Rüstung und atomare Gefahren in der Welt erheben, haben durch die Ereignisse der vergangenen Monate besondere Bedeutung erhalten. Einerseits hat der jüngste Skandal in der Atomindustrie der Bundesrepublik Deutschland verdeutlicht, daß die propagierte „friedliche Nutzung der Kernenergie“ unkontrolliert durch „Schlupflöcher“ auf internationaler Ebene ins Gegenteil verkehren kann. Andererseits besteht zur Hoffnung Anlaß, wenn der von Reagan und Gorbatschow vereinbarten Verschrottung von Mittelstreckenraketen weitere Abrüstungsschritte folgen werden.

Am 8. Dezember 1987 unterzeichneten Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow das erste Abrüstungsabkommen. Wird der Vertrag zur weltweiten Beseitigung landgestützter Mittelstreckenraketen in diesem Jahr ratifiziert, so werden etwa 4 Prozent der nuklearen Vernichtungsmittel abgebaut.

Neu und für die weitere Sicherung des Friedens ist die Tatsache, daß mit dem Abrüstungsabkommen modernste Waffen abgebaut, vernichtet und nicht durch modernere „wirkungsvollere“ Vernichtungsmittel ersetzt werden. Erstmals findet in einem Teilbereich der weltweiten Rüstung eine konkrete Abrüstung statt und nicht nur eine Festlegung von Obergrenzen. Erstmals werden Maßnahmen beschlossen, die, wie Inspektionen vor Ort, zur gegenseitigen Vertrauensbildung beitragen. Gegenseitiges Vertrauen ist für weitere Abrüstungsschritte von großer Bedeutung.

Abrüstung muß auf allen Gebieten weitergehen, um die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu bannen. Weltweite Abrüstung ist notwendig um die erforderlichen Mittel zur Lösung der globalen Probleme der Menschen freizusetzen. Unser gemeinsamer Kampf muß der Beseitigung des Hungers und der Armut, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, der Eindämmung der Umwelterstörungen, die zur Be-

drohung der Menschheit führen und der Schaffung von Voraussetzungen zur eigenständigen gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung aller Völker gelten.

Wir brauchen sehr bald neue Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen. Wir brauchen einen umfassenden Atomwaffenteststopp und eine drastische Verringerung der strategischen Atomwaffen, bis hin zu ihrer vollständigen Abschaffung. Wir brauchen die Beseitigung aller chemischen und bakteriologischen Waffen. Wir brauchen den Verzicht auf die Entwicklung und Stationierung von Weltraumwaffen, aber auch eine wesentliche Reduzierung der konventionellen Rüstung.

Abrüstung im militärischen Bereich und Aufrüstung im sozialen Bereich sollten unser politisches Handeln bestimmen.

Karl-Heinz Jungmann

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Das Reichsbanner

Zeitung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Bund der republikan. Kriegsteilnehmer e. V. / Sitz Magdeburg

№. 1

Magdeburg, den 15. April

Jahrgang 1924

Kriegsteilnehmer, Republikaner!

Männer, die im Zusammenbruch des kaiserlichen Deutschland die Nerven nicht verloren, haben auf republikanischer Grundlage das Deutsche Reich neu errichtet, geleitet und besetzt von dem einen Gedanken: Trotz verlorenen Krieges darf das Reich nicht untergehen, staatliche Einheit ist die erste

Voraussetzung zum nationalen Wiederaufstieg!

Das schwere Werk ist gelungen. In Weimar gab sich unser Volk eine neue Verfassung; aber noch bevor der Bau neuen Grundmauern geführt war, wurde er bestärkt, um seine Vollendung zu hindern. Die Brandfackel des Bürgerkriegs ist mehr denn einmal gegen das Gebäude geschleudert worden; die Baummeister wurden mit Mord bedroht, Erzberger, Rathenau und andre fielen von Mörderhand.

Unter dem Vorzeichen, nationale Ziele zu verfolgen, vaterländische Gesinnung zu pflegen, haben sich Organisationen gebildet, die das deutsche Volk in zwei Lager spalten, die auf die Entfesselung des Bürgerkriegs hinarbeiten. In ihren Reihen stehen Männer, die hohe und höchste Ämter in der Republik annahmen, ihr den Treuschwur selbsteten und jetzt zugeben, daß ihr ganzer Sinn und Trachten Verrat und Verrat gewesen ist, Verrat an der Republik, Verrat am deutschen Volke, dessen staatliche Einheit zu zerreißen ihr Wille ist.

Tausende junger Männer sind

zu bewaffneten Sturmhaufen formiert,

unter Führern, die sich rühmen, die Verfassung von Weimar, welche sie mit Feuer und Schwert bekämpfen, nie gelesen zu haben. Ein Ringen um geistige Probleme ist ihnen fremd, das Gebrauchs geistiger Waffen sind sie ungewohnt; sie sind Opfer wilder Demagogen, die schamlosen Mißbrauch mit den Begriffen Vaterland und Nation treiben, ihre eigene Schuld und heimlichen Ziele

hinter schwachvoller Judenhege verstecken.

Wir Republikaner werden nie vergessen, daß Schulter an Schulter mit Katholiken, Protestanten und Freidenkern jüdische Soldaten gekämpft und geblutet haben. Die Zahl der toten und schwerverwundeten Juden betrauert blieb. Dieser blöde Antisemitismus, der sogar die Seele der Kinder vergiftet, macht Deutschland nicht nur in der Welt lächerlich, sondern ist innerpolitisch wie außenpolitisch eine Gefahr.

Kriegsteilnehmer, Republikaner! Nach ist der Kampf um das Dasein des deutschen Volkes als staatlich geschlossene Nation nicht beendet. Fremde Heere stehen am Rhein und an der Ruhr, zielgroß ist die Gefahr des Verlustes auch dieser Gebiete. Aus Kleinmütigkeit, deutschem Stammeßdünkel, dynastischen Interessen und der erblichen Belastung der Kleinstaaterei ist der Gedanke geboren,

durch Preisgabe der staatlichen Einheit wirtschaftliche Vorteile für einzelne Gebiete oder Duldung der

Rückkehr einzelner Monarchen von den Siegern im Weltkrieg zu erlauben.

Groß ist die Gefahr, daß die von deutschen Nationalisten entfesselten Kämpfe um die Staatsform den Nationalisten jenseits der deutschen Grenze willkommenen Anlaß bieten, in Deutschland einzumarschieren und das Deutsche Reich aus der Liste der Staaten zu streichen. Das darf nicht geschehen!

Deutschland darf nicht untergehen!

Es kann sich aber nur erhalten und wieder erstarren als Republik.

In dem Willen, der deutschen Republik zu dienen, ihr in allen Fällen der Not beizustehen, haben sich örtlich oder bezirksweise in mehr oder minder straffer Form republikanische Kriegsteilnehmer schon vor mehr als Jahresfrist zusammengeschlossen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die lose Verbindung, die untereinander bestand, ungenügend war. Deshalb haben sich die Verbände der republikanischen Kriegsteilnehmer am 22. Februar 1924 in Magdeburg zur Reichsorganisation

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer

zusammengeschlossen.

Der Bund verfolgt keine eignen politischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen. Die Lösung dieser Aufgaben sei den dazu berufenen republikanischen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden überlassen. In seine Reihen nimmt der Bund jeden Kriegsteilnehmer auf, der mit Herz und Hand für die deutsche Republik eingetreten gewillt ist. Kommunisten und Monarchisten haben im Reichsbanner Schwarzrotgold keine Stelle. Dem nationallistischen und bolschewistischen Demagogentum wird der Bund mit den Mitteln der Aufklärung und Werbung für den republikanischen Gedanken entgegengetreten. Bei allen notwendigen Angriffen auf die republikanische Verfassung wird der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und

die Gegner der Republik niederkämpfen

mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen.

In der Erkenntnis, daß die Republik nur durch Republikaner zu Macht und Ansehen gebracht werden kann, verlangt der Bund die Bekleidung aller wichtigen Ämter insbesondere in Verwaltung, Schule, Justiz, Wehrmacht und Polizei mit Republikanern.

Kriegsteilnehmer, Kameraden, die ihr als Republikaner ins Feld gezogen oder als solche zurückgekehrt seid, waffenfähige Männer und schließlich alle, die ihr bereit seid, die Ziele unsers Bundes zu unterstützen: Eintrich in unsern Bund!

Das Banner der deutschen Republik mit den alten deutschen Farben Schwarzrotgold ist unser Zeichen.

Die Republik den Republikanern! — Hoch die Republik! — Hoch das deutsche Volk!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e. V., Sitz Magdeburg

Der Bundesvorstand:

D. Häßling, Oberpräsident, Bevollmächtigter zum Reichsrat, Vorsitzender. — R. Höltermann, Redakteur, stellvert. Vorsitzender. — Dr. jur. Baerensprung, Rechtsanwalt, Oberleutnant a. D., Schriftführer. — W. Röber, Gauleiter im Reichsbund der Kriegsteilnehmer, stellv. Schriftführer. — D. Trohn, Kaufmann, Schachmeister. — C. Boehme, Magistratsrat, stellv. Schachmeister. — Weßiger, Doblmann, Regierungspräsident; D. Baer, Stadtv. Vorsteher; W. Harbt, Polizeioberst, Major a. D.; R. Otte, Schmieß; R. Kölscher, Schulleiter, Leutnant a. D.; C. Brandenburg, Gauleiter im Landarbeiterverband, Mitglied des Preuss. Landtags; U. Winger, Genossenschaftssekretär; G. Ferl, Parteisekretär.

Zuschriften an: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Geschäftsf. Dr. Baerensprung, Magdeburg, Leipziger Str. 60 I. Tel. 5887

Reichsbanner intern

Ordentliche Bundeskonferenz 1988

Am Samstag, dem 23. April 1988 findet in Frankfurt am Main die nächste ordentliche Bundeskonferenz des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. statt.

Als Tagungsort haben wir das Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77 gewählt. Damit soll ein Stück der Verbundenheit zum Ausdruck kommen, die seit 1924 zwischen dem Reichsbanner und den Gewerkschaften besteht.

Als Gäste werden Vertreter aller demokratischen Parteien, Verantwortliche aus verschiedenen politischen Gremien, verdiente Reichsbannermitglieder und selbstverständlich auch Vertreterinnen und Vertreter der Presse teilnehmen.

Im Rahmen der Bundeskonferenz wird der Bundesvorstand neu gewählt. Neben den Anträgen, die sich mit der Vielfalt der heutigen Anforderungen an das Reichsbanner befassen, wird die Konferenz auch den Entwurf einer neuen Satzung beraten. Eine Kommission des Bundesvorstandes hat unter Berücksichtigung der Beschlußfassung der letzten ordentlichen Bundeskonferenz den Entwurf für eine Satzung ausgearbeitet, die die historischen Traditionen des Reichsbanner mit der heutigen Aufgabenteilung vereinbart.

Das Hauptreferat wird der erste Bundesvorsitzende des Reichsbanner, Kamerad Walter Hesselbach, halten.

Wir werden über die Ergebnisse der Bundeskonferenz in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift „Das Reichsbanner“ ausführlich berichten.

Die Redaktion

Walter Hesselbach
Bundesvorsitzender des
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Grußwort

Ich begrüße die Teilnehmer am Bundeskongress des REICHSBANNER Schwarz-Rot-Gold in Frankfurt am Main sehr herzlich und wünsche gute Tage der freundlichen Begegnung.

Wir wissen aus Erfahrung, daß die freiheitlich-demokratische Ordnung nur Bestand hat, wenn die Bürger bereit sind, sie mit Leben zu erfüllen, für sie einzutreten und sie im Ernstfall zu schützen und zu verteidigen. Dies war Aufgabe und Ziel des REICHSBANNER seit seiner Gründung im Jahre 1924. Dafür haben viele Männer und Frauen ihr Leben eingesetzt. Wir allein konnten die Republik jedoch nicht retten. Wir müssen die Lehren aus der Zerstörung der Weimarer Republik ziehen und die Bedrohung der Demokratie rechtzeitig erkennen.

Bonn ist nicht Weimar, sagt man. Das ist richtig, aber dennoch ist die Freiheit stets bedroht. In vielen Teilen der Welt herrscht Krieg. Die meisten Menschen leben immer noch in Unfreiheit, Angst und Hunger. Auch in den westlichen Industrieländern wachsen die ungelösten Probleme. Die Arbeitslosigkeit steigt, die Umweltbedrohung nimmt zu, der soziale Fortschritt stagniert, der Antisemitismus regt sich erneut, es gibt wenig Toleranz gegenüber Menschen, die anders sind und anders denken als wir. Mit diesen Fragen müssen wir uns auseinandersetzen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat. Wer die Demokratie si-

chern will, muß sie ausbauen, muß demokratische Prinzipien in allen Lebensbereichen wirksam werden lassen.

Die Demokratie hat Feinde. Wir kennen sie. Die Demokratie wird aber auch bedroht durch zunehmenden Verlust an Vertrauen zu den politischen Parteien. Gefahr droht auch von denen, die in demagogischer Weise in der Bevölkerung herrschende Strömungen oder schwelende Konflikte aus eigennützigen Gründen aufgreifen, um vermeintliche Volksnähe zu demonstrieren. Parteien und Gewerkschaften müssen sich dagegen wehren und sich hüten, selbst auf diesen Geleisen zu fahren.

Demokratie schützt man auch nicht, indem man Freiheitsrechte einschränkt. Eine Entwicklung in dieser Richtung ist leider erkennbar. Es geht um die Bereitschaft und Fähigkeit des demokratischen Staates, die drängenden Fragen anzupacken und Übereinstimmung in wichtigen Lebensfragen unter den Demokraten zu suchen. Daß dies möglich ist, hat vor kurzem die bewegende Debatte des Bundestages über die Nahost-Probleme gezeigt. Diese Haltung zu fördern, ist eine der Aufgaben unserer Vereinigung.

Das REICHSBANNER ist mehr als ein Traditionsverein; wir sind ein Zusammenschluß von Männern und Frauen jeden Alters, die sich über Parteigrenzen hinweg in dieser Zielvorstellung einig sind. Wir wollen die Debatte und den Dialog, die sachliche Auseinandersetzung und die solidarische Aktion. Mit Vernunft und Leidenschaft wollen wir unseren sozialen Rechtsstaat bewahren und weiter entwickeln.

Unserem Kongress wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf.

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

die Verteidigung der rechtsstaatlichen Ordnung war nie nur Sache der demokratischen Parteien. An der Spitze der Verbände, die zwischen 1918 und 1933 für die Erhaltung der freiheitlichen Verfassung des Staates kämpften, stand das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

In dem Willen, Verfassung und Republik zu verteidigen, haben sich am 22.2.1924 in Magdeburg Verbände republikanischer Kriegsteilnehmer zur Reichsorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammengeschlossen. In seinem ersten Aufruf vom 15.4.1924 wandte sich das Reichsbanner gegen rechts- und linksextreme Bedrohung und gegen Judenhetze.

Das Reichsbanner mit mehreren Millionen Mitgliedern hat den Untergang des Deutschen Reiches nicht verhindern können: der aus Überzeugung oder um des Glaubens oder des Gewissens willen gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft geleistete Widerstand der Kameradinnen und Kameraden des Reichsbanners ist ein Verdienst um das Wohl

des deutschen Volkes und Staates. Ihr Opfer bleibt unvergessen.

Männer und Frauen, die in den bitteren Stunden unseres Volkes Mut und Charakterfestigkeit bewiesen haben, gründeten in der Bundesrepublik Deutschland das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.. Sie setzen damit die alte Tradition des Reichsbanner fort: allen Angriffen auf die freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung wird das Reichsbanner entgegentreten, rechts- und linksextremistische Bestrebungen bekämpfen.

Ich wünsche dem Bundeskongress und der künftigen Arbeit des Reichsbanners sowohl im eigenen Namen als auch im Namen der UNION DEUTSCHER WIDERSTANDSKÄMPFER- UND VERFOLGTENVERBÄNDE e.V., der auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. angeschlossen ist, viel Erfolg!

Georg Prinz
Bundesehrenvorsitzender des
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bund aktiver Demokraten e.V.

Wir grüßen die Konferenzteilnehmer

Der Ortsverein Frankfurt am Main ist auch im Jahre 1988 wieder Gastgeber für die ordentliche Bundeskonferenz des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.. Die Stadt Frankfurt am Main ist als Messe- und Kongressstadt gut zur Durchführung der Bundeskonferenz geeignet. Sie hat jedoch auch eine ausgeprägte Reichsbannertradition. Diese Tradition, aber auch die Aufgaben der heutigen Zeit bestimmen die Arbeit des Ortsverein Frankfurt am Main. Wir haben uns verpflichtet, das Reichsbanner als lebendige Organisation zu erhalten. Deshalb kümmern wir uns auch um die Jugend und

werben junge Mitglieder. Wir wollen in Zukunft wachsam allen totalitären, reaktionären und radikalen Bestrebungen rechtzeitig und wirksam entgegentreten. Es gilt unsere freiheitlich demokratische Grundordnung zu schützen und unsere Demokratie weiter auszubauen.

Wir werden mit allen unseren Kräften zum Gelingen der Bundeskonferenz beitragen. Wir entbieten allen teilnehmenden Kameradinnen und Kameraden ein herzliches Willkommen.

Alfred Körner
1. Vorsitzender des
Ortsverein Frankfurt am Main

Suchmeldung

Zur Vervollständigung unseres Archivs suchen wir noch folgende Ausgaben des REICHSBANNERS:

Ausgabe Nr. 5, 6, 12 von 1967

Ausgabe Nr. 4, 5 von 1968

Ausgabe Nr. 11 von 1975

Ausgabe Nr. 1 von 1982

Wir sind auch gerne bereit diese fehlenden Nummern für das Archiv zu kopieren und das Original an den Kameraden schnellstmöglich zurückzusenden. Anschrift: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Gesucht - gefunden!

In Nr. 4, Dezember 1987, Seite 7 wird nach Dr. Helmut Krotz gefragt.

„Er ist am 3.2.1943 in Berlin hingerichtet worden. Einzelheiten über sein Leben sind im Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration enthalten.“

Heinrich L. Bode 80 Jahre

Am 28. März 1988 wurde unser Bundespressereferent und Redakteur der Reichsbanner-Zeitung Heinrich L. Bode 80 Jahre alt.

In Lehrte bei Hannover als Sohn eines Eisenbahners geboren, absolvierte er in Bad-Nenddorf eine Malerlehre. Aus einem sozialdemokratischen Elternhaus kommend, trat er mit 14 Jahren der Arbeiterjugend bei und 1924 - dem Gründungsjahr - wurde er Mitglied des Reichsbanner.

In Düsseldorf besuchte er die Akademie als Maler und Grafiker, kehrte danach nach Bielefeld - wo er in der Jugendbewegung seinen Freundeskreis fand - zurück und volontierte unter dem Chefredakteur Max Nierich bei der Volkswacht. Nach kurzer Wanderschaft kam er nach Frankfurt und fand bei der Volksstimme unter von Puttkammer die zweite Station eines Pressevolontariats.

Bis 1933 war er unter anderem Korrespondent bei der Hessischen Landesregierung im Volksstaat Hessen.

Schon zu Beginn der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten mußte er 1933 seinen Wohnsitz in Frankfurt verlassen. Er tauchte unter - doch die SA spürte ihn mit seinem Bruder Ernst in Hahnheim auf, wo er bei Reichsbannerfreunden Unterschlupf gefunden hatte. Die politische Polizei in Mainz nahm beide für ein Vierteljahr in Schutzhaft. Nach der Entlassung hatte Heinrich L. Bode freie Mitarbeit beim Kosmos in Stuttgart gefunden. Die Reisetätigkeit ermöglichte es ihm wieder Kontakte zu politischen Freunden zu finden. 1939 dienstverpflichtet zur Hanomag in Hannover, wurde er noch 1942 zur Marine als Schreiber einberufen. In der Abwehr eingesetzt und zuletzt in Venedig, wurde er nach



dem Zusammenbruch schon im Juli 1945 von den Engländern nach Hannover entlassen. Hier sammelte Dr. Kurt Schumacher die zurückgekehrten Sozialdemokraten. Mit den aus dem Exil zurückgekehrten Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes, u.a. mit Erich Ollenhauer und Fritz Heine, wurde von dort der Neubeginn der Sozialdemokratischen Partei begonnen.

Als freier Journalist kehrte Bode wieder nach Hessen zurück. In Dietzenbach wurde er im Dezember 1987 für seine 65-jährige Mitgliedschaft, einschließlich der Zeit in der Sozialistischen Arbeiterjugend, geehrt.

Dem Reichsbanner ist er seit 1924 verbunden um von hier aus noch einen bescheidenen Beitrag zum Abbau des FEIND-FREUND-DENKENS beitragen zu können.

Karl-Heinz Jungmann

Briefe und Meinungen

Alle Briefe, die uns erreichen, werden sorgfältig gelesen. Nicht alle Briefe können veröffentlicht werden. Je kürzer ein Leserbrief ist, desto größer sind die Chancen zur Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Für veröffentlichte Leserbriefe übernehmen wir nur die presserechtliche Verantwortung.

Werte Kameraden,

Ich möchte Ihnen noch für die Zusendung der in 1986 und 1987 erschienenen Ausgaben der Zeitschrift „Das Reichsbanner“ danken. Bitte seien Sie doch so freundlich und übersenden Sie mir in Zukunft die Zeitschrift wieder regelmäßig an meine obige Adresse, wohin ich vor kurzem von Brüssel verzogen bin. Meinen Mitgliedsbetrag habe ich Anfang Januar bezahlt.

Ich bin 1930 dem Reichsbanner in Berlin-Kreuzberg beigetreten und gehöre ihm nach dem Kriege wieder seit 1.7.1968 an. Infolge meines Auslandsaufenthalts ist seinerzeit meine Wiederaufnahme durch den Bundesvorstand (Bundesvorsitzender Weiss) erfolgt.

In dem Grußwort anlässlich seiner Wahl zum neuen

Bundesvorsitzenden erklärte Walter Hesselbach u.a.: „Es gilt, die Gemeinsamkeiten der Demokraten stärker herauszustellen und die politische Debatte wieder auf das Wesentliche zu lenken.“

Ich habe den Eindruck, daß dieser Apell leider bei den derzeitigen Redaktionsmitgliedern der Zeitschrift „Das Reichsbanner“ bisher kein Gehör gefunden hat. Denn in den seit Januar 1986 erschienenen Nummern der Zeitschrift sind vorwiegend Artikel veröffentlicht, die nach Inhalt und Stil weit davon entfernt sind, dieser Maxime zu entsprechen. Ein unbefangener Leser muß hieraus schlußfolgern, daß das Reichsbanner eine Nebenorganisation der S.P.D. bzw. des D.G.B. ist, ähnlich den Nebenorganisationen, wie sie bekanntlich von D.K.P. aufgezogen wurden (V.V.N., DFU usw.). Als ein Beispiel unter vielen möchte ich nur ein paar Sätze aus dem in Nr. 1 vom März 1987 erschienenen Artikel „Denn sie wissen, was sie tun“ zitieren: „Seit der Wende hat sich das geistig-moralische Klima in der Bundesrepublik entscheidend geändert: die Grenzen zwischen Konservativen, Neokonservativen und Nationalisten sind kaum noch erkennbar ...“

Vor der Wende war der Antisemitismus im wesentlichen beschränkt auf radikale Außenseiter oder rechtsextremistische Gruppen. Nun hat er eine neue Dimension bekommen, denn jetzt sind es Bürger-

meister, Oberbürgermeister und Abgeordnete, also Mandatsträger der christlichen Regierungsparteien, die sich nicht scheuen, die antisemitische Tradition der vergangenen Epoche fortzusetzen ..."

Bei diesem Artikel handelt es sich zwar, wie es am Schluß heißt, um den Abdruck einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten. Aber als Leitartikel in unserer Zeitschrift wird er ja wohl kaum eine Meinung reflektieren, die von der Redaktion der Zeitschrift nicht geteilt wird.

Ich möchte mir in diesem Zusammenhang gestatten, ein paar Sätze aus einem Aufruf des ersten Bundesvorstandes des Reichsbanners aus dem Jahre 1924, abgedruckt in „Das Reichsbanner“ vom 15.4.1924 (s. anl. Kopie), zu zitieren: „Der Bund wird keine eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele verfolgen. Die Lösung dieser Aufgaben sei den dazu berufenen Parteien und wirtschaftlichen Verbänden überlassen“.

Wenn der derzeitige Bundesvorstand und die Redaktion der Zeitschrift der Auffassung sind, daß dieser Grundsatz heute für das Reichsbanner keine Geltung mehr haben sollte, so ist es ein Gebot der Fairness und politischen Anständigkeit, dies klar und deutlich auszusprechen bzw. zu schreiben; d.h. nicht auf dem Umwege über Nachdrucke aus anderen Zeitungen, Abdrucke von Stellungnahmen parteipolitischer Gruppen oder von Kritiken des D.G.B. an der Politik der derzeitigen Bundesregierung und dergleichen. Die Mitglieder, die einen solchen Kurs nicht mittragen wollen, können dann hieraus ihre Konsequenzen ziehen. Ich bin überzeugt, daß die Initiatoren des neuen Kurses letzten Endes auch ein Interesse daran haben werden, daß es im Reichsbanner nicht zwei oder noch mehr einander bekämpfende Fraktionen gibt.

G. Schild (Aachen)

Unsere Antwort:

Lieber Kamerad Schild,

hiermit bestätigen wir den Eingang Ihres Schreibens vom 24. Oktober 1987.

Ihre Kritik an unserer Zeitschrift „Das Reichsbanner“ können wir nicht teilen. Im Reichsbanner ist weder eine Anbindung an die SPD noch an den DGB erfolgt. Das Reichsbanner ist nach wie vor parteienunabhängig und auch keine Nebenorganisation von anderen Parteien, Gewerkschaften oder Verbänden.

Allerdings erfordert die soziale Situation in der Bundesrepublik Deutschland auch Stellungnahmen und Aussagen des Reichsbanner. Dabei kann es sehr wohl vorkommen, daß wir auch Meinungsäußerungen anderer Organisationen veröffentlichen. Damit haben unsere Mitglieder die Möglichkeit, sich mit diesen Äußerungen auch auseinanderzusetzen. Wir veröffentlichen ja auch Stellungnahmen der Bundesregierung und der regierungstragenden Parteien, ohne daß dies einer besonderen Kritik unterzogen wird.

Selbstverständlich fühlen wir uns den Traditionen des Reichsbanner, auch den zitierten Aussagen aus der Nummer 1 unserer Zeitschrift „Das Reichsbanner“ des Jahrganges 1924, verpflichtet. Gerade diese Traditionen lassen jedoch auch eine enge Anbindung des Reichsbanner an die Sozialdemokratie, die Gewerkschaftsbewegung, Teile des Zentrums und die Arbeitersportbewegung erkennen. Die Gemeinsamkeiten, die einmal in der „Eisernen Front“ gefunden wurden, sollten ebenfalls nicht vergessen werden.

Auch wenn wir Ihre Kritik nicht teilen, sind wir selbstverständlich bereit, Ihren Brief vom 24. Oktober 1987 als einen Leserbeitrag zu werten und mit Ihrem Einverständnis in unserer März-Ausgabe der Zeitschrift „Das Reichsbanner“ im Jahre 1988 zum Abdruck zu bringen. Wir sind an einer kritischen Diskussion interessiert, da es uns auch darum geht, junge Mitglieder zu gewinnen und somit das Überleben des Reichsbanner zu garantieren. Junge Menschen müssen jedoch mit der Sprache der heutigen Zeit angesprochen und mit den Problemen der heutigen Zeit konfrontiert werden.

Karl-Heinz Jungmann

Kommentar

Im Berliner Document Center - streng bewacht von den Alliierten - wurden Berge von Personalunterlagen der NS-Hierarchie entwendet u.a. zum Zwecke der Erpressung und um weiter von Militariahändlern verhökert zu werden.

Nach 1945 bekamen wir von den Besatzungsmächten die Entnazifizierung für jene zugeteilt, die zu den Minderbelastungen bzw. zu den Mitläufern gehörten.

Die wirklich Belasteten zu „entnazifizieren“ behielten sich die Alliierten selbst vor. In jener Zeit nutzten ranghohe Nationalsozialisten die Gelegenheit - zum Teil mit einem „Flüchtlingsausweis“ von Genua aus per Schiff nach Südamerika und benachbarte Staaten zu entkommen.

Andere wiederum kamen bei uns wieder u.a. in hohe Staatsstellungen unter.

Nach mehr als 40 Jahren sollen nunmehr, die bisher von der Wiedergutmachung Ausgeklammerten, punktuell eine kleine „Entschädigung“ - Höchstsumme 5.000 DM - erhalten. Viele Betroffene sind längst verstorben und Zwangsarbeiter sind ausgeschlossen. Ausländische Staatsangehörige bleiben auch heute noch von den notwendigen Leistungen unberücksichtigt.

Diese Art der Wiedergutmachung muß auch unseren Widerspruch hervorrufen, denn viele Wünsche bleiben bei der Schlußnovelle unbeachtet.

Heinrich L. Bode

Bücher, Bücher...

Erinnerungen an Carlo

„Das Reichsbanner marschirt.“ Mit diesen Worten wurde in einem Flugblatt zu einer Protestkundgebung für den 15. Dezember 1930 in Berlin aufgerufen. Es ging um den Widerstand gegen das Aufführungsverbot des Filmes „Im Westen nichts Neues“. Einer der Redner war der SPD-Reichstagsabgeordnete Dr. Carlo Mierendorff, Teilnehmer am 1. Weltkrieg und erst einige Monate zuvor neu ins Parlament als Abgeordneter aus Südhessen gewählt.



Als Primaner in Darmstadt, Frühjahr 1914
CARLO MIERENDORFF und THEO HAUBACH

Das Flugblatt findet sich in der kürzlich erschienenen Biographie „Der militante Sozialdemokrat“ von Richard Albrecht, in der das Leben des Politikers, Publizisten und Widerstandskämpfers nachgezeichnet wird. Die Beziehungen zum Reichsbanner und zur Eisernen Front nehmen in der Lebensbeschreibung einen besonderen Platz ein. Vor allem wird die Leistung Mierendorffs in der Endphase der Weimarer Zeit gewürdigt, den aufkommenden Nationalsozialismus nicht nur mit Worten zu bekämpfen, sondern auch die von den Nazis entwickelten Propagandamethoden zu konterkarieren.

Carlo Mierendorff und Theodor Haubach versuch-

ten mit Gleichgesinnten, die SPD in den Jahren nach 1930 nach innen und außen zu aktivieren mit dem Ziel einer „Mobilisierung breiter Volksschichten“. Durch eine erweiterte Werbetätigkeit und den Einsatz moderner Propagandamethoden kam der Massenmobilisierung zentrale Bedeutung zu.

Ältere Reichsbanner-Mitglieder werden sich bei der Lektüre an vieles erinnern, was sie selbst in der Weimarer Zeit miterlebt haben. Jüngere erfahren vielleicht zum ersten Mal, wie der Abwehrkampf gegen den aufkommenden Nationalsozialismus gedanklich konzipiert war, aber oft wegen der Entscheidungsschwäche führender Sozialdemokraten nicht zur Anwendung kam.

Auf knapp 500 Seiten werden die Lebensstationen von 1897 bis 1943 in 7 Kapiteln mit den bezeichneten Überschriften „Die ersten, schwarzen, blauen, grauen, roten, braunen oder letzten Jahre“ nachgezeichnet. Zu wünschen wäre freilich, daß alsbald eine Taschenbuchausgabe (ohne die 220 Seiten Anhang) folgt, um der Mierendorff-Biographie eine größere Verbreitung zu sichern.

Heinrich Klein (MdB)
Der militante Sozialdemokrat
Dietz-Verlag, Berlin-Bonn
48,- DM

Die gefährdete Republik

Richard Saage hat in seinem Buch „Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus“ auch ein Porträt der Reichsbanner-Zeitung bis 1933 gegeben. Er zeigt auf, wie mittels der Zeitung das Reichsbanner versuchte Einfluß auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Gerade auch die Analyse der Reichsbanner-Zeitung trägt zum besseren Verständnis der Ziele und des politischen Bewußtseins des republikanischen Kampfverbandes bei. Zudem sind differenzierte Einsichten in das Gefüge der Koalition von SPD, Zentrum und DDP zu gewinnen, deren Koalition zur Stabilität der Weimarer Republik beitragen wollte.

Der Aufsatz versteht sich als Ergänzung zur umfangreichen Analyse von Karl Rohes Buch.

Richard Saage
Arbeiterbewegung, Faschismus, Neokonservatismus
suhrkamp taschenbuch wissenschaft Nr. 689
18,- DM

Nachrichten, Namen, Notizen

Werner Nachmann

Im Alter von 62 Jahren starb Werner Nachmann, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vizepräsident der Europäischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses. Mit ihm verlieren wir eine Persönlichkeit, die das nach Auschwitz schier Udenkbare möglich machte: das Zusammenleben von Juden und Deutschen in Deutschland. Sein Na-

me steht für Aussöhnung und Dialog zwischen Juden und Christen. Nicht mit lauten, provozierenden Tönen, sondern mit beharrlicher Vernunft trug er viel zu dieser Annäherung das seine bei.

Werner Nachmann, 1925 in Karlsruhe geboren, mußte 1938 mit seiner Familie nach Frankreich emigrieren. Mit französischer Hilfe überstand er den Krieg, Besatzung und Verfolgung. Als einer der ersten tat er 1945 einen überaus mutigen Schritt und kehrte in seine Vaterstadt Karlsruhe zurück. Seine Absicht war es, das jüdische Leben in Deutschland wiedererstehen zu lassen und nicht vor den Zielen der Nazibarbarei zu kapitulieren. Dies blieb nicht ohne Kritik, aber seine feste Überzeugung war es, daß es für Juden und Deutsche wieder möglich sein müsse, normal miteinander zu leben.

Nach dem Tode seines Vaters übernahm er dessen Betrieb und engagierte sich im jüdischen Gemeindeleben. So übernahm er den Vorsitz der jüdischen Gemeinde in Karlsruhe, 1961 das Amt des Präsidenten des Oberrats der Israeliten in Baden und 1965 den Vorsitz des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland. Zugleich wurde er Vizepräsident der Europäischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses.

Durch seine Initiative entstand der erste Neubau einer Synagoge nach dem Krieg und 1979 die Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg. Seit 1964 gehörte er zu den Herausgebern der „Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung“.

Werner Nachmann plädierte stets für eine Annäherung deutsch-jüdischen Lebens. Eine Sonderstellung jüdischer Bürger lehnte er ab. Er fürchtete, daß dies, ebenso wie jener Philosemitismus aus schlechtem Gewissen, den Antisemitismus erneut wecken könnte.

Zur Bonner Israelpolitik bezog er 1979 eindeutig Stellung: „Die Bundesregierung und auch die Opposition haben nach wie vor als ihre große Aufgabe meines Erachtens dazu beigetragen, wo sie eben beitragen können, die Sicherheit des Staates Israel und den Weg zum Frieden für den Staat Israel und damit für diese Region mit zu gestalten und mit zu unterstützen.“

Sowohl in der Bitburger Demonstration als auch in dem Streit um die Frankfurter Fassbinder-Aufführung nahm Werner Nachmann eine mahnende und warnende Position ein. Für ihn war weder der Antisemitismus endgültig besiegt noch die Schuld aus der Zeit der Nazidiktatur „wiedergutmacht“. 1985 richtete er einen dringenden moralischen Apell an die Deutsche Bank, für ehemalige Zwangsarbeiter des Flick-Konzerns eine Entschädigung zu zahlen. So dachte er stets an die Juden aber auch über die Juden hinaus.

A.M.

Neue Richtlinien für Wiedergutmachungsleistungen

Die Bundesregierung wird im Laufe des Frühjahrs neue Richtlinien für Entschädigungsleistungen an Opfer des Nationalsozialistischen Unrechts beschließen. In der letzten Februarwoche hat der Innenausschuß einen entsprechenden Bericht der Fachbeamten des Innenministeriums erhalten.

Die Regierung folgt damit einer Entschließung des Bundestages vom 03. Dezember 1987, in der der Regierung empfohlen wurde, die derzeit geltenden Richtlinien zu lockern und vor allem sogenannte „Härtefälle“, die bisher nicht entschädigt worden sind, doch mit einer Mindestleistung zu bedenken.

Zu den Gruppen, die bisher nicht in Entschädigungen einbezogen waren, künftig aber eine finanzielle, einmalige Leistung in Höhe bis zu 5.000 DM erhalten sollen, zählen auch Zwangsstirilisierte, Euthanasieopfer und Homosexuelle.

Es ist zu erwarten, daß die Richtlinien noch einmal überarbeitet werden. Deshalb kann es sich zunächst nur um vorläufige Informationen handeln.

Wer Näheres über diese neuen Richtlinien wissen will, soll sich an

Heinrich Klein (MdB)
Zi. 507 NH
Bundeshaus
5300 Bonn 1
wenden.

Das Reichsbanner fordert die Bundesregierung auf, das Verfahren im Interesse der Betroffenen beschleunigt durchzuführen.

Heinrich Klein (MdB)

Verfassungsschutz überprüft Reichsbund

In Bremen wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Berufsbildungswerk des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen vom Verfassungsschutz überprüft. Das geschah ohne Wissen der Betroffenen.

Verdacht hatte der Betriebsrat des Berufsbildungswerkes geschöpft. Der Landesbeauftragte für Datenschutz Alfred Büllsbach hat den Verdacht in der Zwischenzeit bestätigt.

Bereits 1979 war eine Liste mit den Namen der damals 150 Beschäftigten beim Berufsbildungswerk abhanden gekommen. Diese Liste fand sich Mitte des Jahres 1987 wieder. Bei fast 30 Namen befand sich der Vermerk des Verfassungsschutzes. Aus dem Vermerk kann geschlossen werden, daß die Namen im Nachrichtensystem des Verfassungsschutzes „NADIS“ gespeichert sind. Ein Teil der gespeicherten Namen wurden nach den Interventionen des Datenschutzbeauftragten wieder gelöscht.

Es ist zu hoffen, daß alle Namen gelöscht werden und der Verfassungsschutz seine Tätigkeit gegen den Reichsbund einstellt.

K.H.J.